



SEITE 2
Das kommunale Investitionsprogramm – ein Kernstück des zweiten Konjunkturpakets

SEITE 3
Die internationalen Finanzmärkte regulieren



SEITE 4/SEITE 5
Im Gespräch: Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier

SEITE 6
Ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz bietet Schutz vor Überwachung



SEITE 7
Kurzarbeit für Qualifizierung nutzen

SEITE 8
Mindestlöhne gelten nun in neun Branchen

GUTE ARBEIT



Ausgabe 1/2009

Konjunkturpakete beschlossen – Hilfe in der Krise

Mit Investitionen Arbeit schaffen

Unser Krisenmanagement

Eines ist klar: Ohne Frank-Walter Steinmeier und die SPD-Bundestagsfraktion würde es das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung so nicht geben. Auf dem Koalitionstreffen im Januar, als die Krise Deutschland bereits erreicht hatte, hätte es wohl nur einen Flickenteppich von Einzelmaßnahmen gegeben. Aber: Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier legte mit dem Papier „Unser Wachstums- und Stabilitätspakt für Deutschland“ ein Maßnahmenpaket aus einem Guss vor. Der Großteil des „Steinmeier-Papiers“ findet sich heute im Konjunkturpaket II wieder.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit den beschlossenen Maßnahmen dafür gesorgt, dass auch die Realwirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Familien und die Kommunen vor den Folgen der Finanzkrise geschützt werden – und gestärkt daraus hervorgehen können: mit einem Investitionsprogramm für Schulen, Kindergärten, Hochschulen und den Städte-



Qualifizieren statt entlassen – dafür gibt es Geld vom Staat.

bau. Mit einem „Sicherheitsnetz“ für Beschäftigte – etwa über das neue Kurzarbeitergeld. Und mit wichtigen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie mehr Geld für Familien. ■

Kurzarbeit statt Kündigung

Die Finanzkrise hat die Realwirtschaft erreicht und wirkt sich bereits auf den Arbeitsmarkt aus. Mit der Verbesserung und Vereinfachung des Kurzarbeitergeldes tritt die Große Koalition dem entgegen.

Ob Automobilindustrie oder Maschinenbau – vor allem in den Branchen, die zum Rückgrat der Wirtschaft hierzulande gehören, sind die Auftragseinbrüche in Folge der Krise enorm. Mit den Verbesserungen und Vereinfachungen beim Kurzarbeitergeld (KuG) im Rahmen der Konjunkturpakete soll erreicht werden, dass die Firmen die Krise nutzen, um ihre Beschäftigten besser zu qualifizieren, statt sie zu entlassen. So ist die maximale Bezugsdauer von KuG auf

18 Monate erhöht worden, und der Bundesagentur für Arbeit stehen in diesem Jahr 6,6 Milliarden Euro zur Verfügung, um Kurzarbeit und auch Qualifizierung zu finanzieren. „Das Konjunkturpaket setzt die richtige Weichenstellung“, erklärt Andrea Nahles, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Und erreicht die Adressaten: Gegenüber dem Vorjahr hatte sich bereits im Dezember 2008 die Zahl der Anzeigen von Kurzarbeit vervierfacht. „Das unterstreicht das Interesse, welches dem verbesserten Kurzarbeitergeld entgegengebracht wird“, so Nahles. ■

Mehr zum Thema: Seite 7

Impulse für Wachstum und Beschäftigung

- Mit den beiden Konjunkturpaketen der Bundesregierung stehen 80 Milliarden Euro zur Verfügung – für ein erfolgreiches Krisenmanagement und die Bürgerinnen und Bürger.
- Die beiden Pakete entlasten nachhaltig und auf Dauer Steuerzahler, Beitragszahler, Rentner, Familien und Arbeitslose.
- Das kommunale Investitionsprogramm von 13,3 Milliarden Euro wird zu zwei Dritteln in den Bildungsbereich fließen.
- Die neuen Regelungen zum Kurzarbeitergeld verhindern Entlassungen und fördern die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und -nehmern.

Aufgespießt

Die Finanzkrise bringt viele in Erklärungsnot: Neoliberale, Banker, Renditegeier – und auch den einen oder anderen Politiker. Drei Beispiele dafür:

■ „Jeder Mittelständler haftet mit dem letzten Hosenkнопf. Diese Kultur der persönlichen Verantwortung brauchen wir auch in Dax-Konzernen.“ Das sagte der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle im Oktober 2008. Wenn es dann konkret wird, macht seine Partei aber einen Rückzieher. Den SPD-Vorschlägen zur Koppelung der Vorstandsbezüge an eine nachhaltige Unternehmensführung mag die FDP kaum folgen.

■ „Der Kinderbonus wird nur bei den unteren Einkommen voll zum Tragen kommen“, so der CSU-Familienexperte Johannes Singhammer am 30. Januar 2009. Mit den familienpolitischen Maßnahmen im Konjunkturpaket II würden ärmere und reichere Familien mit Kindern gegeneinander ausgespielt, kritisiert er – „allein aus ideologischen Gründen“. Erstens ist Singhammers Behauptung falsch, und zweitens heißt diese Ideologie „soziale Gerechtigkeit“. Herr Singhammer will aber über das Konjunkturpaket II hinaus die Steuerfreibeträge für reiche Familien erweitern. Das wäre nicht nur verteilungspolitisch, sondern auch konjunkturpolitisch falsch. Denn wohlhabende Familien haben die höchsten Sparquoten – und Sparen belebt nicht die Konjunktur.

■ „Da ist was dran.“ Ein Satz von CDU-Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble – am 18. Februar 2009 auf die Frage eines Journalisten der Stuttgarter Zeitung, ob der Kapitalismus für die Welt mittlerweile gefährlicher sei als der internationale Terrorismus. Keine Sorge, Herr Schäuble, da gibt es ein Gegenmittel: die soziale Marktwirtschaft erhalten und stärken.

Investitionen vor Ort

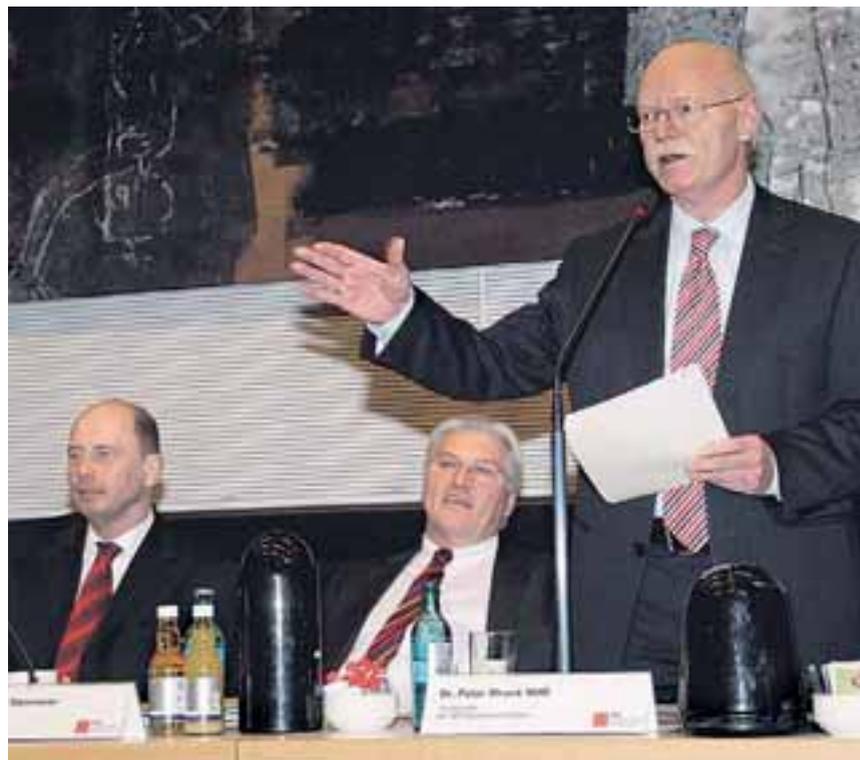
Es ist eines der Kernstücke des zweiten Konjunkturpakets – das kommunale Investitionsprogramm. Jetzt geht es darum, dass das Geld tatsächlich da ankommt, wo es dringend gebraucht wird: in der kommunalen Infrastruktur.

Ende Januar wurde es selbst im großen Sitzungssaal der SPD-Bundestagsfraktion ein wenig eng. Über 500 sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker waren auf Einladung von Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, nach Berlin gekommen. Die kommunalpolitische Konferenz war der Startschuss der SPD-Bundestagsfraktion für die Umsetzung eines der wichtigsten Punkte des Konjunkturpakets: des kommunalen Investitionsprogramms.

Peter Struck warnte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor den „klebrigen Fingern der Länderfinanzminister“. Denn 70 Prozent der zur Verfügung stehenden 13,3 Milliarden Euro sollen den Städten und Gemeinden zu Gute kommen. Der Bund werde den Kommunen bei der Bewältigung der Finanzkrise zur Seite stehen, versprach Struck.

Der überwiegende Teil des Konjunkturprogramms stammt aus der Feder von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Jetzt gelte es, darauf zu achten, dass das Geld auch da ankommt, wo es hin soll, so Steinmeier: in der kommunalen Infrastruktur.

Mit öffentlichen Investitionen in Kommunen lassen sich am schnellsten Arbeitsplätze schaffen und sichern, und der Mittelstand wird durch neue Aufträge unterstützt. Zudem nutzt eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur allen Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar. Investitionen im Bildungsbereich verbessern die Zukunftschancen unserer Kinder. Außerdem haben die Kommunen die Chance, durch



Peter Struck erläuterte auf der kommunalpolitischen Konferenz in Berlin das kommunale Investitionsprogramm. Links neben ihm auf dem Podium: Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Städtebauminister Wolfgang Tiefensee.

„Ich warne vor den klebrigen Fingern der Länderfinanzminister.“ Peter Struck

Investitionen in Energiesparmaßnahmen die Umwelt zu schonen und die städtischen Haushalte nachhaltig zu entlasten.

Mit der Initiative für das kommunale Investitionsprogramm bewiese sich die SPD als echte Kommunalpartei, meinte Gerhard Langemeyer, Oberbürgermeister von Dortmund und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Jetzt seien die Kommunen selber gefragt: „Wir müssen selber draufsatteln und Bündnisse vor Ort schmieden“, so Langemeyer. ■

Mehr zum Thema:

www.spdfraktion.de

Mehr Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Geldanlagen sind Vertrauenssache – bisher war das zumindest so. Zahlreiche private Anlegerinnen und Anleger haben aber in Folge der Finanzkrise Geld durch risikoreiche Investitionen verloren – nicht zuletzt, weil sie falsch beraten worden sind. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion offensiv für einen besseren Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern bei Finanzdienstleistungen ein. Bereits beschlossen wurde, dass die Beratung besser dokumentiert werden muss und Ansprüche der Kun-

den nicht so schnell verjähren sollen: Anleger sollen sich besser gegen Falschberatung wehren können.

Weitere Maßnahmen sollen folgen. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber fordert, dass Kosten und Risiken von Finanzprodukten von vorn herein für den Kunden zu erkennen sein müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besser unterstützt werden sollen, die richtige Anlage zu finden. „Wir brauchen bessere und verständlichere Informationen, und wollen mehr Sicherheit für die, die

ihre Ersparnisse gut anlegen oder fürs Alter vorsorgen wollen.“ Eine freiwillige Zertifizierung von Finanzprodukten soll für mehr Transparenz sorgen. Es darf keine Lücken in der Regulierung von Finanzprodukten oder beim Vertrieb geben, und die Vorschriften für Verbraucher müssen besser durchgesetzt werden. Deshalb soll der Verbraucherzentrale Bundesverband als „Marktwächter“ beauftragt werden. Waltraud Wolff, Sprecherin der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion fordert: „Wir brauchen einen unabhängigen Marktwächter, der im Interesse der Verbraucher Finanzprodukte unter die Lupe nimmt, Missstände aufdeckt und dagegen vorgeht.“ ■

// „Die Gefahr liegt in der Hebelwirkung der von den Banken für Hedgefonds herausgegebenen Kredite und einem möglichen Dominoeffekt.“ //

Dieses Zitat stammt von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück – aus dem Jahr 2007. Jetzt ist der Dominoeffekt da: die Finanzkrise. Es ist also nicht so, als hätte niemand vor den Risiken der weltweiten „Finanzblase“ gewarnt. Und es ist auch nicht so, als hätte die SPD als Regierungspartei nicht konkrete Vorschläge gemacht, wie sich die internationalen Finanzmärkte regulieren ließen. Bereits während der deutschen G8-Präsidentschaft im Jahr 2007 hat Peer Steinbrück sich bei den G7-Finanzministern um gemeinsame, verbindliche Regeln bemüht – die meisten scheiterten aber

am Widerstand der USA und Großbritanniens, die vor allem auf Selbstverpflichtungserklärungen der Finanzmarktakteure setzten.

Das reicht jetzt nicht mehr. Es dürfe nicht allein bei „moralischen Appellen gegen spekulative Zügellosigkeit bleiben“, so Steinbrück. Immerhin: Die deutschen Vorschläge von 2007 haben heute bei den G7 Hochkonjunktur-

Verbriefungen und Finanzprodukte sollen mit höheren Eigenkapitalanforderungen abgedeckt werden, das Risiko- und Liquiditätsmanagement soll verbessert werden, und eine Reform der Ratingagenturen sei nötig.

Angelica Schwall-Düren, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, erwartet nun vom Weltfinanzgipfel am 2. April in London „konkrete

Ergebnisse“. Auch auf EU-Ebene tut sich Einiges: Die – auch für die Kleinanleger und „Sparer“ – wichtige EU-Einlagensicherungsrichtlinie hat die Bundesregierung schnell in deutsches Recht umgesetzt. Und in Deutschland selbst hat SPD-Bundesfinanzminister Steinbrück mit zwei Gesetzen zur Finanzmarktstabilisierung Kompetenz im Krisenmanagement bewiesen. ■

Die weltweite Blase ist geplatzt – wir tun was

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit langem eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte.

Von Managern und Zockern

■ **250** Jahre müssten deutsche Durchschnittsverdiener arbeiten, um das Durchschnittsgehalt der fünf Top-Verdiener unter den deutschen Managern zusammen zu bekommen.

■ **83%** der Deutschen halten nach einer Infratest-Umfrage im Auftrag des DGB die Vorstandsgehälter der DAX-30-Vorstände (im Schnitt 4,5 Millionen Euro pro Jahr) für unangemessen – übrigens auch 82 Prozent der CDU/CSU-Anhänger.

■ **45,7** mal höher als das gesamte deutsche Bruttosozialprodukt war das Handelsvolumen so genannter „Finanzderivate“. Finanzderivate sind nichts anderes als Wetten auf Aktienkurse.



■ **1167%** – das ist die Steigerung des weltweiten Finanzvermögens in den letzten 25 Jahren: auf 140 Billionen US-Dollar.

QUELLEN: DGB, HANS-BÖCKLER-STIFTUNG SOWIE EIGENE BERECHNUNGEN



Moralische Appelle reichen nicht: Den Finanzmärkten müssen Zügel angelegt werden, fordert Peer Steinbrück.

Union muss sich bei Managergehältern bewegen

Überzogene Managergehälter stehen schon länger massiv in der Kritik. Doch mit der Finanzkrise hat sich endgültig gezeigt, wie gefährlich eine auf kurzfristigen Erfolg ausgelegte Vergütungsstruktur von Vorstandsmitgliedern ist.

Deshalb sind Diskussionen um Bezüge von Top-Managern keine Neiddebatte, sondern vor allem ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Aus diesem Grund hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in einer vom Koalitionsausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe für eine Neuordnung der Vergütungsstruktur von Vorständen stark ge-

macht. Die Änderungsvorschläge der Arbeitsgruppe sehen vor, dass Aufsichtsräte bei der Festsetzung der Bezüge stärker in die Pflicht genommen werden. Künftig soll in Publikumsgesellschaften mit mehreren Aktionären der gesamte Aufsichtsrat über die Höhe der Bezüge entscheiden – und nicht wie bisher üblich nur ein kleiner Ausschuss im „Hinterzimmer“. Außerdem sollen Aktienoptionen erst nach vier und nicht wie bisher nach zwei Jahren einlösbar sein.

Die Vorgaben zur Offenlegung der Gehälter sollen weiter konkretisiert werden. Denn Transparenz hilft am

besten gegen ausufernde Vergütungen und Boni.

Keine Einigung konnte die Arbeitsgruppe bei der von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten Koppelung der Vorstandsbezüge an eine nachhaltige Unternehmensführung erzielen – obwohl gerade dieser Aspekt helfen könnte, ähnliche Krisen wie die aktuelle in Zukunft zu verhindern. Aber der SPD-Vorschlag scheiterte an der Blockadehaltung der Union. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, fordert die CDU/CSU auf, ihren Widerstand aufzugeben. „Es wäre sehr zu wünschen, dass sich die Unionsspitze im Koalitionsausschuss noch bewegt.“ Etwa auch bei der steuerlichen Abzugsfähigkeit überzogener Managervergütungen, so Poß. ■



Gemeinsam Arbeit und Zukunft sichern

Interview mit Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier

Das marktradikale System ist gescheitert. Davon ist Frank-Walter Steinmeier, Außenminister und Vizekanzler, überzeugt. Jetzt sei es an der Zeit, der Weltwirtschaft einen fairen und gerechten Rahmen zu geben. Was dazu gehört und wie die Bundesregierung mit den Konjunkturpaketen der Krise entgegenwirkt, erläutert Steinmeier im „Gute Arbeit“-Interview.

Die Finanzmarktkrise ist auf die produzierende Wirtschaft durchgeschlagen. Absatzeinbrüche in der Industrie bedrohen Arbeitsplätze. Womit müssen wir in diesem Jahr rechnen?

Als im September Lehman Brothers bankrott ging, wussten wir schon, dass das dicke Ende noch kommt. Jetzt ist der Einbruch da. Die Automobilindustrie hat ihn zuerst gespürt. Eine ganze Weile halfen Arbeitszeitkonten und jetzt auch Kurzarbeit, die Lage zu stabilisieren. Die Situation ist sehr angespannt, aber bei meinen Betriebsbesuchen in den vergangenen Wochen habe ich auch ermutigende Nachrichten gehört: Große Unternehmen geben Beschäftigungsgarantien für die Kernbelegschaften ab und versichern, die Investitionen auf hohem Niveau zu halten. Deutschland hat gute Chancen, besser als andere Länder wieder Tritt

zu fassen. Unsere Wirtschaft steckt, anders als 2002, in keiner Strukturkrise, sondern ist wettbewerbsfähig. Wir haben ein starkes produzierendes Gewerbe und sind viel weniger vom Finanzsektor geprägt als zum Beispiel Großbritannien. Nirgends in Europa ist die Industrie so breit aufgestellt wie bei uns. Das alles sind Erfolge unserer Politik. In diesem Jahr müssen wir Arbeit sichern und die Menschen durch die Krise lotsen. Wir tun das mit dem Blick auf die Märkte von morgen. Wir setzen auf Zukunftstechnologien. Energie- und Umwelttechnik werden weltweit immer wichtiger, quer durch alle Branchen von der Chemie bis zum Autobau.

Du hast schon im Oktober 2008 gesagt, auf den Rettungsschirm für die Banken müsse ein Schutzschirm für Arbeitsplätze folgen. Dann kam der „Steinmeier-Plan“,

aus dem das Konjunkturpaket II der Bundesregierung geworden ist. Was heißt das nun konkret für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben?



Arbeit sichern: mit Auszubildenden von ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt

Wir sichern Arbeit im engen Schulterchluss mit Unternehmen und Gewerkschaften. Im November 2008 haben Peer Steinbrück, Olaf Scholz und ich mit 20 Betriebsräten der Autohersteller und Zulieferer beraten, was zu tun ist. Kurz darauf haben wir mit Bürgermeistern besprochen, wie kommunale Investitionen die Bauwirtschaft und das Handwerk stützen können. Nach diesen und vielen anderen Gesprächen haben wir über den Jahreswechsel den „Steinmeier-Plan“ mit vielen Vorschlägen entwickelt und in der Bundesregierung durchgesetzt. Die Abwrackprämie hilft schon jetzt konkret. Bei Opel Eisenach, wo der Cor-

„In der Krise gilt das Grundprinzip sozialer Gerechtigkeit ganz besonders: Starke Schultern müssen mehr tragen als die schwachen.“

sa gebaut wird, laufen die Bänder wieder normal. Wir haben die Prämie von 2500 Euro gegen zähe Widerstände von CDU/CSU durchgesetzt. Und wir haben noch mehr getan: Die neue Kfz-Steuer kommt bis Juli, und der Bund gibt 500 Millionen Euro zusätzlich für die Forschung an den Autos der Zukunft.

Die zehn Milliarden Euro für kommunale Investitionen, die der Bund an Länder und Kommunen weiterreicht, werden bis Ende 2010 eine Welle von Aufträgen beim Bau und beim Handwerk auslösen. Kinderbonus, Abgaben- und Steuersenkungen stärken die Kaufkraft von Familien, Rentnern und Geringverdienern.

All das zeigt: Gemeinsames Handeln von SPD und Gewerkschaften zahlt sich aus.



Viele Arbeitnehmer mussten in den zurückliegenden Jahren bei Lohnsteigerungen Maß halten, um Arbeitsplätze zu sichern. Am oberen Ende der Einkommensskala aber waren die Zuwächse ordentlich. Wer soll jetzt eigentlich die Lasten der Krise stemmen?

Erst einmal: Der Aufschwung der vergangenen Jahre bringt jetzt noch eine späte Dividende. Wir können kraftvoll gegensteuern, weil die Sozialkassen beim Ausbruch der Krise wieder gut gefüllt und die öffentlichen Haushalte wieder im Lot waren. Allein bei der Bundesanstalt für Arbeit gibt es Reserven von 17 Milliarden Euro – das eröffnet viele Handlungsspielräume, um Beschäftigung zu sichern.

Nach der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate entlasten wir die Unternehmen, in denen kurz gearbeitet wird, von Sozialversicherungsbeiträgen und geben Anreize, die Zeit für Weiterbildung zu nutzen. Wir wollen, dass die Kolleginnen und Kollegen auch bei Auftragsflaute im Be-

trieb bleiben. „Qualifizieren statt Entlassen“ muss die goldene Regel sein. Kluge Unternehmer wissen, dass der Wettbewerb um Fachkräfte schärfer wird. Bildung und Weiterbildung sind ein Schlüsselthema des nächsten Jahrzehnts.

„Wir sichern Arbeit im engen Schulterschluss mit Unternehmen und Gewerkschaften.“

Und in der Krise gilt das Grundprinzip sozialer Gerechtigkeit ganz besonders: Starke Schultern müssen mehr tragen als die schwachen. Darum wollen wir geringe Einkommen von Abgaben entlasten. Darum kämpfen wir Branche für Branche um die Einführung von Mindestlöhnen. Darum haben wir einen Bildungs-Soli für Top-Verdiener

vorgeschlagen, begrenzt auf zwei Jahre für die Sanierung von Kindergärten und Schulen. Die Union hat sich verweigert. CDU und CSU reden von der Zukunft, aber wenn dem Reden Taten folgen sollen, dann kneifen sie. Wir werden den Bildungs-Soli für Top-Verdiener weiter auf der Tagesordnung halten.

Du sprichst von einer „Zeitenwende“. Was muss jetzt anders werden?

Nach dem Scheitern des marktradikalen Systems geht es jetzt um die Gestaltung des Neuanfangs. Die historische Chance ist gekommen, der Weltwirtschaft einen fairen und gerechten Rahmen zu geben. Wir arbeiten an schärferen, wirksamen Regeln, die die destruktiven Kräfte des Marktes bändigen. Wir wollen außerdem die positi-

ven Kräfte des Marktes stärken, indem wir die Führungsetagen der Wirtschaft wieder auf die Prinzipien der Langfristigkeit, der Nachhaltigkeit und der sozialen Verantwortung verpflichten. Und wir wollen diese Neuorientierung der Wirtschaft mit einem gesellschaftlichen Aufbruch begleiten und verstärken. Es geht um eine Gesellschaft, in der wieder Vertrauen wächst. Ich will ein Land, in dem alle dazu gehören und in dem jeder gebraucht wird. Ein Land, in dem die Starken den Schwachen helfen und in dem wir den Schwachen helfen, stark zu werden. Ein Land, das die Kraft der Gemeinsamkeit erkennt und darum mit Zuversicht in die Zukunft schaut. Dafür stehe ich. ■

Kraft der Gemeinsamkeit erkennen: bei einer Feuerwehrrübung in Belgien



Sieben Säulen für Wachstum und Stabilität

Nicht nur Stabilität, auch Wachstum sollen die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung Deutschland bringen. Dass das gelingt, davon ist Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier überzeugt. „Wenn wir 95 Prozent unserer Forderungen durchgesetzt haben, und das in einer Großen Koalition, dann ist das nicht wenig“, so Steinmeier über die Erfolge der SPD-Bundestagsfraktion beim zweiten Konjunkturpaket, das im Wesentlichen auf seinen Vorschlägen basiert. Wichtige Punkte der konjunkturellen Maßnahmen:

■ **„Sicherheitsnetz für Beschäftigte“**

– Die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wird verlängert, die Antragstellung vereinfacht, die finanzielle Unterstützung für Unternehmen, die Kurzarbeit anmelden, statt zu entlassen, wird massiv verbessert.

– Wer Leiharbeiter wieder sozialversicherungspflichtig beschäftigt, bekommt Zuschüsse für deren Qualifizierung.

– 2009 und 2010 bekommen Arbeitgeber bei Kurzarbeit die

von ihnen zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zur Hälfte erstattet – wenn sie während der Kurzarbeit Qualifizierungen durchführen, werden sogar die vollen Beiträge auf Antrag erstattet.

■ **Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger**

– Die Senkung des Eingangsteuersatzes bei der Einkommenssteuer auf 14 Prozent und die Anhebung des Grundfreibetrags entlasten die Menschen 2009 um drei, 2010 um sechs Milliarden Euro.

– Die Beitragszahler werden bei der Krankenversicherung entlastet.

– Für Familien mit Kindern gibt es einen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind, und der Regelsatz für 6- bis 13-jährige Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern wird erhöht.

■ **Impulse für mehr Investitionen**

– Der Kern der Konjunkturpakete ist ein staatliches Investitionsprogramm von über 17 Milliarden Euro.

– Allein 13,3 Milliarden Euro umfasst das kommunale Investitionspaket (Seite 2).

– Außerdem wurden bereits im ersten Konjunkturpaket die Mittel für Infrastruktur und Wirtschaftsstrukturprogramme deutlich aufgestockt.

– Mehr Mittel für die energetische Gebäudesanierung schaffen einerseits Arbeitsplätze und sind andererseits auch wichtige Zukunftsinvestitionen für den Klimaschutz.

Arbeitszeitkonten: Jede Stunde zählt

Seit dem 1. Januar 2009 sind Langzeitkonten von Beschäftigten besser geschützt – dank des Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen („Flexi II“). Arbeitszeitkonten sind bei Beschäftigten in Deutschland sehr beliebt. Immer mehr Beschäftigte lassen sich angespartes Gehalt in längeren Freistellungsphasen auszahlen. Fast jeder zehnte Beschäftigte verfügt über ein Langzeitkonto.

Überstunden können auf diese Weise langfristig als Wertguthaben gesammelt werden. Aus diesem Guthaben können die Arbeitnehmerinnen

Überstunden sammeln

Womit werden Langzeitkonten gefüllt?

Mehrarbeit

95,7*

Zeitguthaben von anderen Konten

42,2

Sonderzulagen

21,9

Urlaubsgeld

15,4

*Alle Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; repräsentativ für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat

Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2007, Hans-Böckler-Stiftung 2008

und -nehmer befristete Auszeiten vom Beruf finanzieren, etwa für Kinderbetreuung, Pflege, Weiterbildung, ein Sabbatical oder auch, um früher in Altersrente gehen zu können.

Doch in der Wirtschaftskrise stellt sich die Frage: Wie sicher ist mein Arbeitszeitkonto, wenn meine Firma Insolvenz anmeldet? An dieser Stelle hat die Große Koalition Klarheit geschaffen. Das neue Gesetz sieht vor, dass das Guthaben auch bei der Schließung einer Firma besser geschützt ist. Im Rahmen der Sozialversicherungsprüfungen soll nun turnusgemäß überprüft werden, ob die Konten gegen Insolvenz abgesichert sind. Ist dies nicht der Fall, besteht ein Recht auf Schadensersatz. Außerdem können Beschäftigte jetzt ihr Kontoguthaben auch bei einem Arbeitgeberwechsel mitnehmen. „Es ist erfreulich, dass nach jahrelangen Gesprächen mit den Sozialpartnern, ein für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiver Weg gefunden wurde, Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt miteinander zu verbinden“, urteilt Andrea Nahles, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. ■

www.bmas.de

Überwachung im Betrieb

SPD-Bundestagsfraktion fordert Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

// Lidl, Telekom oder Deutsche Bahn – die Datenschutzskandale in der Wirtschaft aus jüngster Zeit zeigen: Wir brauchen ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. //

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien haben den Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnet, die Beschäftigten zu kontrollieren. Seit langem fordert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb ein einheitliches Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das klare Grenzen für den Umgang mit Arbeitnehmerdaten im Betrieb zieht und eine Totalüberwachung und Durchleuchtung der Beschäftigten verhindert. Ob Auswertung von E-Mails auf zentralen Servern oder Überwachung des Surfverhaltens – das Spektrum ist groß, wie Arbeitgeber gegen die Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten verstoßen können. Kleinen und mittleren Unternehmen ist das oft nicht mal bewusst. Auf betrieblicher Ebene können Betriebsvereinbarungen Kontrollen ausschließen. Ein nachhaltiger Schutz von Arbeitnehmerdaten kann jedoch nur durch ein eigenständiges Gesetz gesichert werden.

Nun bewegt sich etwas. Nach einem Datenschutzgipfel von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften im

Februar sollen im Bundesdatenschutzgesetz erste Klarstellungen erfolgen. Das Bundesarbeitsministerium plant ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Dieses will die Union aber erst nach der Bundestagswahl.

Doch das Thema drängt. Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestags, fordert deshalb, schnell zu handeln. Es müsse

sichergestellt werden, dass Arbeitnehmerdaten von Unternehmen ausschließlich verhältnismäßig und zweckgebunden verwendet werden. Betriebliche Datenschutzbeauftragte müssten ausreichend vor Kündigung geschützt werden und der Informantenschutz gesetzlich geregelt werden, damit Beschäftigte Korruptionsfälle in ihrem Unternehmen selbst melden können. ■



Nur ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schützt nachhaltig vor Übergriffen.

Schwarzarbeit: Kontrollen werden vereinfacht



Illegale Beschäftigung schadet der Volkswirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze.

Schwarzarbeit schadet allen – den Unternehmen, den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, der Volkswirtschaft. Ein ganzes Maßnahmenbündel der Bundesregierung soll nun helfen, illegale Beschäftigung einzudämmen. Allein für 2007 wird der Umfang der Schattenwirtschaft auf 349 Milliarden Euro be-

ziffert. Das entspricht 14,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Künftig ist es u.a. leichter, Beschäftigte in Betrieben und auf Baustellen zu kontrollieren. Für die SPD-Bundestagsfraktion stand fest: Die Identitätsfeststellung muss für die Kontrollbehörden einfacher werden. „Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern handfeste Wirtschaftskriminalität“, betont der SPD-Bundestagsabgeordnete Andreas Steppuhn. Jetzt müssen Beschäftigte in Branchen mit höherem Risiko von Schwarzarbeit ab der ersten Arbeitsstunde Ausweisdokumente mit sich führen und bei Verlangen vorlegen. Mehr Klarheit gibt es auch bei der Anmeldung zu den Sozialversicherungen. Bisher galt, dass die Meldung erst mit der ersten Lohnabrechnung eingereicht werden musste. Das Gesetz sieht nun eine Sofortmeldung am ersten Tag der Beschäftigung vor. ■

Ein Stück vom Kuchen

Nur in zwei Prozent aller Unternehmen sind Beschäftigte am Kapital beteiligt – das soll sich ändern. Beschäftigte werden künftig mehr als bisher vom Erfolg der Unternehmen profitieren – dank des neuen Gesetzes zum Ausbau der Mitarbeiterkapitalbeteiligung. So steigt beispielsweise der Steuerfreibetrag von Mitarbeiterbeteiligungen von 135 auf 360 Euro. Das stärkt die Kapitalbasis der Unternehmen – gerade in der Krise.

Die Unternehmensrisiken werden aber dank des Einsatzes der SPD-Bundestagsfraktion nicht auf die Beschäftigten abgewälzt. „Eine stärkere Mitbestimmung und ein Kapitaltransfer zugunsten der Belegschaften sind Meilensteine auf dem Weg zu besserem Management und überlebensfähigen Unternehmen“, erklärt Dietmar Hexel, Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). ■

// Die Krise ist da – aber sie lässt sich mit intelligenten Konzepten meistern. „Qualifizieren statt Entlassen“: Nach diesem Prinzip gibt die Bundesregierung auf Initiative der SPD Unternehmen die Chance, die Krise nicht nur zu überstehen, sondern mit einer besser qualifizierten Belegschaft gestärkt aus ihr hervorzugehen. //

Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket unterstützt die Bundesregierung Betriebe und Unternehmen dabei, Kurzarbeit zu nutzen, statt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen (siehe Seite 1). Vor allem sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich während der Kurzarbeit weiterbilden können – zum eigenen Nutzen und zum Nutzen des Unternehmens. So lassen sich in der Krise Qualifizierungsdefizite abbauen, gleichzeitig bleiben die Beschäftigten im Unternehmen, und die Arbeitgeber können nach der Krise wieder voll auf ihre bewährten – und noch besser qualifizierten – Kräfte zurückgreifen. „Wir wollen diejenigen, die jetzt in die Weiterbildung investieren, unterstützen“, erklärt Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Neu geregelt wurde, dass bei Kurzarbeit die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Hälfte der Sozialversiche-



Wenn Aufträge ausbleiben, ist Kurzarbeit ein geeignetes Mittel, um Entlassungen zu vermeiden – und die Belegschaft noch besser zu qualifizieren.

Qualifizieren statt Entlassen

Aus der Krise gestärkt hervorgehen

rungsbeiträge übernimmt. Wenn Arbeitgeber in den Jahren 2009 und 2010 Beschäftigte während der Kurzarbeit qualifizieren, können auf Antrag die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden.

Auch die Beschäftigten profitieren von einer Phase der Kurzarbeit. Denn

Kurzarbeit sichert ihre Arbeitsplätze. Gleichzeitig können sie sich weiterbilden und wichtige Zusatzqualifikationen erwerben.

Infotelefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: 018 05/67 67 12 (Festnetzpreis 14 Cent/Min.) ■

Meister-BAföG – Aufstieg wird gefördert

Das Meister-BAföG wird flexibler und wirkungsvoller – das hat der Bundestag im Februar beschlossen. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion haben nun auch Erzieherinnen und Erzieher sowie in der Altenpflege Tätige Anspruch auf finanzielle Unterstützung bei der Aufstiegsfortbildung. Die Reform setzt einen Großteil der von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten Eckpunkte um. Ziel ist es, den Anteil der geförderten Beschäftigten um mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Dafür werden Bund und Länder in den kommenden vier Jahren rund 272 Millionen Euro zusätzlich aufwenden, wovon der Bund rund 212 Millionen Euro (78 Prozent) trägt.

Die Ausweitung des Meister-BAföGs stärkt die Frauen- und Familienförderung durch einen erhöhten Kinderzuschlag, einen pauschalisierten Kinderbetreuungszuschlag und eine Ausweitung der Leistungen für Eltern von be-



Auch Altenpflegerinnen und -pfleger sollen künftig vom Meister-BAföG profitieren.

hinderten Kindern. Auch Migranten können leichter eine Förderung beantragen. Erfolgreiche Fortbildungsabschlüsse werden künftig durch einen zusätzlichen 25-Prozent-Erlass auf das

Maßnahmedarlehen gefördert. Durch das neue Gesetz ist es Meisterschülerinnen und -schülern nun auch möglich, während der Abschlussphase Unterstützung in Anspruch zu nehmen – damit konnte eine bisher vorhandene Förderlücke geschlossen werden. Außerdem werden Aufstiegsfortbildungen in der Altenpflege sowie zum Erzieher oder zur Erzieherin in den Förderbereich aufgenommen. Das Meister-BAföG ist eine entscheidende Maßnahme, um eine bessere Durchlässigkeit der Gesellschaft und Aufstieg durch Qualifizierung zu ermöglichen. Damit die Verbesserungen zum 1. Juli 2009 in Kraft treten können, muss der Bundesrat noch zustimmen.

Die SPD will aber noch mehr: Sie fordert – unterstützt von den Gewerkschaften – die systematische Verbindung aller Förderinstrumente in einem Erwachsenenbildungsfördergesetz, so Jörg Tausch, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Qualifizierung nutzen

■ Die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales informieren auf einem gemeinsamen Online-Portal über alle wichtigen Entscheidungen und Regelungen zum Kurzarbeitergeld und zur Qualifizierung während der Kurzarbeit.

www.einsatz-fuer-arbeit.de

■ Zusätzliche Möglichkeiten für eine finanzielle Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen gibt es über den Europäischen Sozialfonds (www.esf.de) oder über die Initiative WeGebAU der Bundesagentur für Arbeit. WeGebAU fördert Weiterbildungskosten – von un- und angelernten Arbeitnehmern, etwa um einen Berufsabschluss nachzuholen, – von Beschäftigten ab 45, wenn der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt während der Qualifizierung fortzahlt, – und jetzt auch von Beschäftigten, deren letzte Aus- oder Weiterbildung mehr als vier Jahre zurückliegt.

www.arbeitsagentur.de

Recht auf eine zweite Chance

Die Zahl der Menschen ohne Schulabschluss ist in Deutschland weiterhin alarmierend hoch. Etwa acht Prozent der Deutschen haben keinen Bildungsabschluss. Jährlich kommen rund 80 000 Schulabbrecher hinzu – mit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Um diese Entwicklung zu stoppen, hat sich die SPD-Fraktion im Bundestag erfolgreich für das Recht auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses eingesetzt.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Bildungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik. Ein Hauptschulabschluss ist unabdingbar, um in der Arbeitswelt eine Chance zu bekommen. Arbeitsmarktexpertin Andrea Nahles stellt klar: „Ein Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen des Hauptschulabschlusses ist deshalb auch arbeitsmarktpolitisch unverzichtbar.“ ■

Vorgestellt: Ute Berg



Eine florierende Wirtschaft, Wachstum mit Beschäftigungssicherheit und ökologische Nachhaltigkeit – unter diesen Leitlinien will Ute Berg (55) ihre neue Aufgabe als wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion wahrnehmen. Sie tritt damit in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der Fraktion die Nachfolge von Rainer Wend an. Berg ist seit 2002 Mitglied des Bundestags und war seit 2005 stellvertretende Sprecherin der AG.

Kein Comeback der Atomkraft, ein klares „Ja“ zum Kündigungsschutz und keine Ausweitung der Leiharbeit sind für Berg die Eckpunkte der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Auch finanzpolitisch hat sich die neue Sprecherin eindeutig positioniert: „Das Steueraufkommen insgesamt darf nicht sinken.“ In Zeiten der Krise wäre das „absolut unseriös“. Mit Ute Berg und Andrea Nahles (AG Arbeit und Soziales) sind damit zwei wichtige Arbeitsgruppen in „weiblicher Hand“: Frauenpower für ein erfolgreiches Krisenmanagement.

Mindestlöhne gelten nun in neun Branchen

Blockade der Union durchbrochen



Gemeinsam mit den Gewerkschaften für Mindestlöhne: Andrea Nahles bei einer DGB-Schiffstour für den Mindestlohn

// Die SPD-Bundestagsfraktion setzt durch, dass Deutschland beim Mindestlohn kein weißer Fleck auf der europäischen Landkarte bleibt. //

Von Estland bis Malta, von Portugal bis Bulgarien: 20 EU-Staaten haben einen flächendeckenden Mindestlohn und weitere Staaten vergleichbare Schutzmechanismen gegen Lohndumping. Nur Deutschland ist in dieser Beziehung noch ein weißer Fleck auf der Landkarte. Allerdings ein weißer Fleck, der Dank der SPD-Bundestagsfraktion immer kleiner wird. Die Sozialdemokraten haben sich in harten Verhandlungen mit der Union durchgesetzt und in diesem Jahr endgültig die Aufnahme von sechs weiteren Branchen

Mindestlöhne in Europa

Wo gibt es wie viel pro Stunde (in Euro)?

Luxemburg	9,30
Frankreich	8,71
Irland	8,65
Belgien	8,41
Niederlande	8,33
Großbritannien	6,91
Österreich	5,99

Quelle: www.mindestlohn.de
Stand: September 2008

In 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn.

ins Arbeitnehmerentendegesetz erstritten. Damit gibt es jetzt auch bei Pflegediensten, im Wach- und Sicherheitsgewerbe, in der Abfallwirtschaft, bei den Bergbauspezialdiensten, in industriellen Großwäschereien und in der Weiterbildungsbranche jeweils einen allgemein verbindlichen Mindestlohn. Außerdem wird für die Zeitarbeitsbranche eine gesetzliche Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ge-

schaffen. Über drei Millionen Beschäftigte können jetzt von Mindestlöhnen profitieren. „Das ist ein Durchbruch“, sagt Andrea Nahles, arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Ein Durchbruch, der gegen die Blockade CDU/CSU erzielt wurde. Weiteren Beschäftigten wird durch das geänderte Mindestarbeitsbedingengesetz geholfen.

Doch das reiche noch nicht aus, betont Nahles. „Es gibt weiterhin Bereiche, die überhaupt nicht mehr tarifvertraglich gebunden sind. Darum brauchen wir einen flächendeckenden Mindestlohn.“ Dass der Handlungsbedarf weiterhin groß ist, zeigen auch Studien der Hans-Böckler-Stiftung. So ist der Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnbereich von 15 Prozent Mitte der 1990er Jahre auf 22 Prozent im Jahr 2006 gestiegen. Rund 1,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen mit einem Bruttostundenlohn von fünf Euro oder weniger auskommen. ■

Informationen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu Mindestlöhnen:

www.fuer-ein-lebenswertes-land.bmas.de

An die SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“
11011 Berlin

- Ich bin an weiteren Ausgaben der Zeitung „Gute Arbeit“ interessiert. Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler auf.
- Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion.

Name, Vorname _____

Anschrift, Ort _____

Bestellungen sind per Mail möglich: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder per Fax: 030/22756800

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Ralf Bergmann, Anja Linnekugel
Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke, Timm Steinborn
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

FOTOS: SPD-FRAKTION.DE, STEINLE/DGB